



müssen sich die neutralen Staaten zusammenschließen, wie es im Zeitalter der bewaffneten Neutralitäten geschehen ist. Sie müssen aber weiter auch mit aller Entschiedenheit für die in Deutschland zu Beginn dieses Krieges aufgestellte Forderung der Freiheit der Meere eintreten. Dass die ihnen durch die jüngsten völkerrechtlichen Abmachungen gewährte Freiheit der Meere keine genügende Sicherheit bietet, steht jetzt außer Zweifel. Gründliche Abhilfe kann nur geschaffen werden durch die Befreiung der Meere von der bisherigen absoluten britischen Seeherrschaft, gegen die sich natürlich England mit der äußersten Kraftauswendung zur Wehr setzt. Die Neutralen sollten nicht nur einsehen, dass die englische Alleinherrschaft auf dem Meere eine Betrachtung ihrer berechtigten Interessen gar nicht zulässt, sondern auch den Nutzen des Entschlusses finden, dies unseren Gegnern offen in das Gesicht zu erklären, wie es der schwedische Minister Wallenberg jetzt recht deutlich hat durchblicken lassen, und daraus die gebotenen Folgerungen ziehen.

## Ein ständiger Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten

Eine halbamatisch bediente Berliner Nachrichtenstelle schreibt zu dieser augenblicklich im Vordergrund der politischen Erörterungen stehenden Frage:

Im Hauptausschuss des Reichstages ist ein Antrag eingebrochen, der die Einsetzung eines ständigen Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten fordert. Der Antrag will also auch für die zweite gescheiterliche Körperschaft des Reiches, den Reichstag, eine Einrichtung schaffen, wie sie die andere Körperschaft, der Bundesrat, bereits besitzt. Ob bei dem Antrag an eine verfassungsmäßige Einrichtung gedacht ist, lässt sich aus seinem Wortlaut nicht erkennen.

Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des Bundesrats beruht auf der Verfassung des Deutschen Reiches, in die er durch den Vertrag von Versailles vom 28. November 1870 aufgenommen wurde. Seine Aufgabe ist jenseitig, Mitteilungen der Reichsregierung über Fragen der auswärtigen Politik für das Plenum des Bundesrats und für die Bundesregierung in Empfang zu nehmen.

Die Reichsregierung hat dem Ausschuss besondere Befugnisse nicht zugestellt. Der mit seiner Einrichtung verfolgte Zweck ist aber aus den Ausführungen zu erkennen, mit denen der damalige Präsident des Reichskanzleramtes, Delbrück, der an den Unterhandlungen mit den süddeutschen Staaten in Verhältnis einen hervorragenden Anteil hatte, die dort abgeschlossenen Verträge im Reichstag einführte. Danach sollte der Ausschuss Kenntnis von dem Stand der Dinge nehmen und in der Lage sein, durch diese Kenntnis, durch Anträge, die er an den Bundesrat stellt, durch Bemerkungen, die er dem Präsidium macht, auf die Behandlung der Politik einen Einfluss auszuüben. Damit wurde der Bundesrat zwar keine Mitwirkung in der Leitung der auswärtigen Politik, aber doch eine Einwirkung auf dieselbe eingerichtet.

Die Notwendigkeit einer ständigen Orientierung der Bundesregierung über die außenpolitische Lage ergibt sich sowohl aus dem staatsstaatlichen Charakter des Reiches als auch aus dem Recht der Zustimmung des Bundesrats zu einer vom Kaiser zu erlassenden Kriegserklärung.

Wenn nun die andere gescheiterte Körperschaft, der Reichstag, auch für sich die Einsetzung eines ständigen Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten erfordert, so können dafür die Gründe, die beim Bundesrat bestanden, nicht maßgebend sein. Es wird deshalb für die Beurteilung der Berechtigung des Antrages auf die Aufgaben ankommen, die dem Ausschuss von seinen Bedürfnissen zugebracht sind. Nach Zeitungsberichten soll er sich unterrichten und begegnen. Diese Aufgaben ziehen mit hin auf eine Einwirkung auf die Leitung der auswärtigen Politik hin. Es fragt sich nun, ob die auswärtige Politik ein Gebiet ist, auf dem ein Organ des Reichstages sich kritisch und beratend betätigen kann. Kein einziges Gebiet der inneren Politik kann hier zu einem Vergleich herangezogen werden, denn auf jedem derselben ist eine restlose Information durch Auslegung des gesamten Tatbestandsmaterials möglich, die zu einer Beurteilung der Absichten der Reichsregierung erforderlich ist. In der auswärtigen Politik sind aber für die Beurteilung einer Lage in politischen Fällen weniger Tatachen selbst als persönliche Wertung von Tatachen ausschlaggebend. Und diese persönliche Wertung beruht zum guten Teil auf Auffassungen deutscher im Dienste der auswärtigen Politik stehender Personen, deren Einschätzung wieder Sache der Erfahrung ist. Jede Begutachtung von Maßnahmen der Regierung in auswärtigen Fragen durch einen Reichstagsausschuss wird also leicht Endes immer wieder von der Auffassung des verantwortlichen Leiters ausgehen müssen. Ein Eindringen in die leichten Verwegungen unserer auswärtigen Beziehungen ist für eine Körperschaft nicht möglich, und infolgedessen kann auch eine Einwirkung kaum in Frage kommen. Die volle Verantwortung wird im übrigen erst die Reichsleitung zu tragen haben, und darum wird sie ihre Einschätzungen auch nicht fremden Einflüssen unterordnen können. Der Reichstag wird sich also in dieser Beziehung von einem solchen Ausschuss keine nennenswerte Einwirkung versprechen können. Es kommt hinzu, dass der Krieg gezeigt hat, wie schwer auch grundlegende Fragen der auswärtigen Politik von der Parteipolitik loszulösen sind. Es ragen dazu auch heute die wirtschaftlichen Fragen zu tief in das Gebiet der auswärtigen Politik hinein.

Hundert ist sich aber bei dem zu schaffenden Ausschuss nur um ein Mittel zur möglichst erschöpfenden Orientierung des Reichstages, dann würde wohl falls man den Sinn von der Reichsleitung gegenüber gewünschter Weg nicht als ausreichend hält, die Einsetzung eines Ausschusses auf Grund der Geschäftsbereichung des Reichstages in Frage kommen.

Diese Ausführungen lassen erkennen, dass die Regierung sich

über nichts wird flüchtiger gerüttelt als über die Charaktere der Menschen, und doch sollte man in nichts behutsamer sein.

Lichtenberg.

## Herbstliche Sezession

Lois Corinth hat die Berliner Sezession, die sich von der neuen Sezession loslöste, mit einer kleinen Rede eröffnet, in der er — dem Urteil der anderen vorauseilend — sagte: "Wir hielten, was wir versprochen. Der Erfolg der ersten Ausstellung vor einem Jahre war ein glänzender. Ebenso war über das Niveau unserer Frühjahrsschau eine Stimme. So wurde, allen Missgeschern und Peinlichkeiten zum Trotz, der Beweis erbracht, dass die Berliner Sezession vollkommen lebensfähig ist." Und Lois Corinth beglückwünschte sich, dass alle Berliner Sezessionisten nach dem gewählten, stolzen Spruch eines großen Niederländer: "Als ich kann" sich gebessert haben. Die Verbesserung ist im Sinne von Verbesserung aufzuholen, die sich keine neuen, hübschen und auch grundlegende Fragen der auswärtigen Politik von der Parteipolitik loszulösen sind. Es ragen dazu auch heute die wirtschaftlichen Fragen zu tief in das Gebiet der auswärtigen Politik hinein.

Hundert ist der hervorragendste der Grundgründer geblieben. Er gibt Industrie, die Verständnis für seine Haken- und Spatenmärsche haben. Eine Reaktion hat bei ihm für den Arbeiteraufstandraum viele große Wandbilder dekoriert. Man möchte ein Mädelchen sein in dieser Reaktion, nicht bloß, weil es dort etwas zu knabbern gibt, sondern auch um zu hören, was die Reaktionen in ihrem Innern sind. Ein kleiner Teil die Hand an die Grandmärsche für das Zukunftsgedächtnis gelegt hat.

Willi Jäckel ist der hervorragendste der Grundgründer geblieben,

durch den Reichstag in ihre auswärtige Politik nicht treten werden will. Dem Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des Bundesrates ist zwar auch keine Mitwirkung in der Leitung der auswärtigen Politik gestattet, aber doch eine Einwirkung auf dieselbe eingerichtet. Dem anderen gleichberechtigten Faktor der Geschiebung soll nicht einmal diese Einwirkung verstattet sein, er soll höchstens orientiert werden!

## Die Änderung des Gerichtshofengesetzes

Die Gebührenordnungen für Rechtsanwälte und Gerichtsvollzieher.

Die bereits angekündigte Regierungsvorlage über die Änderungen des Gerichtshofengesetzes, der Gebührenordnung für Rechtsanwälte und des Gerichtsvollzieher ist nunmehr den Reichstagsabgeordneten zugegangen. Sie lautet:

**Artikel I.** Das Gerichtshofengesetz wird dahin geändert: 1. Im § 79 werden 1. R. 2 hinter dem Worten „zu entschuldigen Fernsprechbüchern“ die Worte „einschließlich der mit diesen Gebühren auf Grund des Gesetzes vom 21. Juni 1916 (Reichsgesetzblatt Seite 377) zu erhebenden Reichsabgabe“ eingefügt. 2. Im § 80 werden a) im Absatz 1 der Satz 2 durch folgende Vorlesung erweitert: Der einzelne Pauschalbetrag beträgt fünfzehn vom Hundert der zum Anfang gelangenden Gebühr. jedoch mindestens zwanzig Pfennig und höchstens fünfzig Pfennig Mark; b) im Absatz 2 das Wort „hundert“ durch das Wort „achtzig“ und das Wort „einhundert“ durch das Wort „einhundertfünfzig“ ersetzt.

**Artikel II.** Die Gebührenordnung für Rechtsanwälte wird dahin geändert: Im § 78 werden a) im Absatz 1 hinter dem Worten „Gebühren“ die Worte „und der mit den Postgebühren auf Grund des Gesetzes vom 21. Juni 1916 (Reichsgesetzblatt Seite 377) zu erhebenden Reichsabgabe“ eingefügt; b) im Absatz 2 die Worte „zwanzig vom Hundert“ durch das Wort „dreißig“ durch das Wort „funfundvierzig“, das Wort „hundert“ durch das Wort „dreißig“ und das Wort „zwei“ durch das Wort „drei“ ersetzt; c) im Absatz 3 das Wort „vier“ durch das Wort „sechs“, das Wort „fünzig“ durch das Wort „funfundsechzig“, das Wort „sechs“ durch das Wort „neun“ und das Wort „sieben“ durch das Wort „neunzig“ ersetzt; d) im Absatz 5 das Wort „vier“ durch das Wort „sechs“ ersetzt.

**Artikel III.** Die Gebührenordnung für Gerichtsvollzieher wird dahin geändert: Im § 12 erhält die Nr. 2 folgende Fassung: 2. die Post- und Telegraphengebühren einschließlich der mit diesen Gebühren auf Grund des Gesetzes vom 21. Juni 1916 (Reichsgesetzblatt Seite 377) zu erhebenden Reichsabgabe; der einzufügende Betrag ist abhängig von vollen Pfennige auswärts abzurunden.

**Artikel IV.** Soweit in Reichsgesetzen oder in Landesgesetzen auf Vorschriften der in den Artikeln I bis III bezeichneten Gesetze verwiesen ist, welche durch dieses Gesetz geändert werden, treten die entsprechenden Vorschriften dieses Gesetzes an ihre Stelle.

**Artikel V.** Die Vorschriften dieses Gesetzes finden auf die vor seitigen Inkrafttreten abhängig gewordenen Reichsgerichten Anwendung. Dies gilt nicht, soweit die Instanz vor dem Tage des Inkrafttretens beendigt war.

**Artikel VI.** Dieses Gesetz tritt am 1. November 1916 in Kraft.

## Sächsischer Landtag

### Stimmungsbild

Draftbericht unserer Dresdenner Schriftleitung

Dresden, 3. Oktober.

Während des Krieges größere Änderungen in unserer Steuergesetzgebung vorzunehmen, verbietet sich nach der ganzen Lage der Verhältnisse von selbst und auch die Regierung lehnt sie ganz etwas anderes ab, jedoch die Befreiung gewisser Ungleichheiten und selbst Ungerechtigkeiten, die bei Einschaltung des Einkommens und Vermögens der Ehegatten auf Staats- und Einkommensteuer noch immer in gewisser Beziehung bestehen. Das ist beispielweise der Fall bei Gütertrennung der Gatten, die durch diese Trennung bei der Einschaltung zum Schaden des Staates und der übrigen Steuerzahler viel besser wegkommen, als Gatten mit Gütergemeinschaft. Dieser Unterschied soll nach schon früher gehaderten Wünschen der Kammer endlich aufgehoben werden. Die Regierung hat einen entsprechenden Gesetzentwurf eingebracht, der heute verhandelt wurde. Er gab zu großen Auseinandersetzungen keinen Anlass, da man auf allen Seiten des Hauses in der Sache übereinstimmte. Finanzminister Dr. v. Seydelwyl wies in kurzer Auseinandersetzung gleichfalls darauf hin, dass unter den heutigen Verhältnissen eine durchgreifende Reform unserer Steuergesetzgebung unmöglich sei, was der Redner der sozialdemokratischen Fraktion, Abg. Flechner, jedoch nicht zugab. Seine Fraktion ist zwar grundsätzlich mit der Änderung einverstanden, erwartet aber, dass dieses Reformen nicht dazu führt, eine große und durchgreifende Reform der sächsischen Staatssteuer auf ungewisse Zeit zu verlegen. Die anderen Fraktionen erklärt, dass sie mit der Reform einverstanden seien. Ueber Einzelheiten wird man sich im Ausschuss auseinandersetzen, dem die Vorlage überwiesen wurde.

Ueber nichts wird flüchtiger gerüttelt als über die Charaktere der Menschen, und doch sollte man in nichts behutsamer sein.

Lichtenberg.

Lois Corinth hat die Berliner Sezession, die sich von der neuen Sezession loslöste, mit einer kleinen Rede eröffnet, in der er — dem Urteil der anderen vorauseilend — sagte: "Wir hielten, was wir versprochen. Der Erfolg der ersten Ausstellung vor einem Jahre war ein glänzender. Ebenso war über das Niveau unserer Frühjahrsschau eine Stimme. So wurde, allen Missgeschern und Peinlichkeiten zum Trotz, der Beweis erbracht, dass die Berliner Sezession vollkommen lebensfähig ist." Und Lois Corinth beglückwünschte sich, dass alle Berliner Sezessionisten nach dem gewählten, stolzen Spruch eines großen Niederländer: "Als ich kann" sich gebessert haben. Die Verbesserung ist im Sinne von Verbesserung aufzuholen, die sich keine neuen, hübschen und auch grundlegende Fragen der auswärtigen Politik von der Parteipolitik loszulösen sind. Es ragen dazu auch heute die wirtschaftlichen Fragen zu tief in das Gebiet der auswärtigen Politik hinein.

Hundert ist der hervorragendste der Grundgründer geblieben. Er gibt Industrie, die Verständnis für seine Haken- und Spatenmärsche haben. Eine Reaktion hat bei ihm für den Arbeiteraufstandraum viele große Wandbilder dekoriert. Man möchte ein Mädelchen sein in dieser Reaktion, nicht bloß, weil es dort etwas zu knabbern gibt, sondern auch um zu hören, was die Reaktionen in ihrem Innern sind. Ein kleiner Teil die Hand an die Grandmärsche für das Zukunftsgedächtnis gelegt hat.

Willi Jäckel ist der hervorragendste der Grundgründer geblieben,

die Gebührenordnungen für Rechtsanwälte und Gerichtsvollzieher.

Zum Schluss kam es zu einer Geschäftsführung über Behandlung der Interpellation über Ernährungsfragen und über die Elektrolytikfrage. Auf der linken Seite wünschte man die Ernährungsfrage als dringendes Problem unserer inneren Politik so schnell als möglich zur Verhandlung zu bringen. Die Regierung erklärte, dass man in Verhandlungen eintreten wolle, sobald es möglich sei. Auf der Tagesordnung für morgen steht die Verhandlung über die Verschiebung der Gemeinderatswahlen.

## Politische Nachrichten

\* Ein Glückwunsch an Hindenburg. Die national-liberale Reichstagsfraktion hat Generalfeldmarschall von Hindenburg zu seinem Geburtstag den folgenden Glückwunsch gesandt:

Dem großen Heerführer, zu dem wir mit dem ganzen deutschen Volke in unerschöpflicher Vertrauen stehen, senden wir die herzlichsten Glückwünsche.

Die nationalliberalen Reichstagsfraktion.

Bassermann, Vorsitzender. Lkt. Geschäftsführer.

\* Die Tochter des Generalfeldmarschalls von Hindenburg war gestern zur Mittagsstafel bei der Kaiserin geladen.

\* Überzeugungswort. Der Präsident des Hansa-Bundes hat der Kommission des Reichstags für Handel und Gewerbe eine durchaus fühlbare Denkschrift über die Übergangs-wirtschaft vom Krieg zum Frieden vorgelegt. Inzwischen ist Reichstagsabgeordneter Oberstleutnant Dr. Richter als Vertreter der nationalliberalen Fraktion Mitglied dieser Kommission geworden.

\* Deutsche-englischer Insolvenzaustausch. Am Montag und Dienstag sind aus England 40 deutsche Flüchtlinge mit den Dampfern der Zeeland-Gesellschaft in Flensburg angekommen. Am 6. Oktober werden angeblich 25 englische Internierte aus Kuhleben nach England abreisen.

\* Ein norwegisches Liebeswerk. Auch Norwegen will verhindern, dass Kriegsgefangene zur Pflege aufzunehmen. Die Regierung hat eine Umfrage eingeleitet, aus der sich ergibt, dass es möglich ist, 2000 Kriegsverwundete im Lande unterzubringen. Ueberall bei Hotelbesitzern und bei Privaten macht sich der größte Opferwillen geltend. Man erwartet bald die Ankunft der ersten Verwundeten, die in Norwegen gepflegt werden sollen.

\* Der Palazzo Caffarelli und nicht Capparelli, wie ein Druckfehler der heutigen Morgenpost meint, beabsichtigt die Italiener zu beschlagnahmen.

\* Die Stockung der englischen Einfuhr nach Schweden. Die Einfuhr aus Großbritannien nach Schweden ist in den letzten Tagen vollkommen zum Stillstand gekommen. Nach Meldepflicht aus Gothenburg ist eine ganze Reihe von Dampfern aus Holland und England zurückgekehrt, die diesmal keine Waren an Bord haben, sondern nur Ballast führen.

\* Das luxemburgische Koblenz. Infolge einer für die Regierung ungewöhnlichen Tagesordnung und bestiger persönlicher Zusätzlichkeit zwischen dem Generaldirektor Weller und dem Deputierten Laval wird die Lage der luxemburgischen Regierung als stark erschüttert angesehen. Es verlautet sogar, dass diese habe bereits ihre Entlassung eingereicht.

\* Türkische Zahlungsworter gegen Rumänien. Das türkische Amtsblatt veröffentlicht ein Gesetz, wonach die feinerzeit bezüglich der aus das Ausland erlossenen finanziellen Bestimmungen auch auf Rumänien ausgetragen werden.

\* Zur Offensive gegen Rumänien erschien gerade rechtzeitig eine neue Freitagskarte: Detailkarte von Mittel-Rumänien mit den angrenzenden Ländern mit Plan von Bukarest und Umgebung von Bucharest. Verlag O. Freytag & Berndt, Wien VIII. Von Turnu Mogurei und Plești im Westen bis über Sîlchia und Baiau im Osten reichend, läuft das Schöne, sehr viele Einzelheiten enthaltende Blatt den siebenbürgischen Grenzstreifen bis Hogat-Kronstadt ebenso wie im Süden einen großen Teil Moldauens enthaltend.

\* Von den "Frontberichten eines Neutzen", die den schweizerischen Major Tanner zum Verfasser haben, ist jetzt im Verlag von August Scherl, o. m. b. H. in Berlin, der dritte abgeschlossene Band erschienen. Er rechtfertigt die Spannung soweit, mit der man ihn entgegenstellt. Das ganze Werk bietet eine zusammenfassende Darstellung der Stellungskämpfe im Osten im Winter 1914/15 und deren Ergebnis des Winters 1915/16. Das Mittelstück dieses Zeitabschnitts bildet die große Schlacht von Gorlice, die in wunderbarer Weise plakativ und anschaulich wiedergegeben ist. In glänzenden Kriegsjahren geht es dann vom Danubec zum Bug, nach Warschau, Nowogrodske, Brest-Litowsk, Wolhynien und Podolen bis zum östlichsten Punkte, den die Verbündeten erreichten, zu deutschen, österreichischen und ungarischen Truppen. Und überall erleben wir in dramatischer Spannung die packenden, wirklichen Kriegsbilder, wie sie sich einem militärisch geschulten Auge von dem vordersten Schützengrad aus dorten. Major Tanner ist aber nicht ausschließlich Soldat, er widmet auch den politischen und sozialen Zuständen seine Aufmerksamkeit, und es sind im hohen Grade beachtenswerte Auslösungen, die wir über die Polen und Judenfrage vernehmen, deren endgültige Lösung der neutrale Beobachter vertraut soll in die starke deutsche Hand legt. Keineswegs haben wir es hier allein mit einer trockenen, sachlichen Darstellung zu tun, im Gegenteil, der Verfasser zeigt sich als glänzender Schilderer und warmherziger Poet. Trotzdem haben wir es mit einem kriegsgeschäftlichen Werk zu tun, das auch für spätere Zeiten seinen Wert beibehalten wird, weil man immer Gewicht darauf legt, eine unparteiische Stimme zu hören, die über den Parteien steht.

Standbild auf niedrigem Sockel mit schwerer romanischer Lorbeerkrone stehen und spinnen. — Bei Meneher's monumentalem "Rüdiger"-Brunnen für Potsdam wird man nur den abschüssig winzigen Kopf auf dem Heldenkopf beklagen: es ist in der Skulptur wie in der Malerei — die Sezessionskünstler haben Angst vor dem Ausgeglichenen.

Karl Lahm.

## Kunst und Wissenschaft

In der Erstaufführung von Shakespeares Lustspiel "Wie es auch gefällt" am Sonnabend, den 7. Oktober, im Alten Theater sind die Hauptrollen besetzt mit Marlene Dietrich, Paula Konon, Anka Kerne, Frieda Rettig, Wilhelm Hellmuth-Bram, Hermann Rudolph, Hans Jelle-Götz, Kurt Stielke, Emil Namelok, Oskar Ingemob, Harald Baumgarten, Oskar Berger, Hans Beier, Adolf Winds jun., Philipp Engels. Wie bereits gemeldet, geht das Stück in einer szenischen Erneuerung und einer durchgreifenden zeitlichen Bearbeitung des Innenbühnen in Szene. Die zur Handlung gehörige Musik ist von Max Conrad in Zürich. — Die Intendantur des Städtischen Theaters hat zur Aufführung für die Weihnachtszeit ein neues Märchen von Gerd von Bassewitz (dem Verfasser von "Peterchens Mondfahrt"): "Pips der Pilz", erworben.

Den Blättern zufolge wird an der östmanischen Universität in Kon



